

## **A. Behindertenpolitik grundsätzlich**

1. Was wollen Sie für Menschen mit Beeinträchtigung in der kommenden Legislaturperiode tun?

*Das Ziel der LINKEN ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt und mit den gleichen Möglichkeiten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Deshalb wird DIE LINKE sich auch in der kommenden Legislaturperiode jeder Form von Ausgrenzung entgegenstellen und alle Initiativen zur Verwirklichung von Inklusion unterstützen.*

## **B. Bildung**

2. Was tun Sie für den Ausbau der Inklusion in folgenden Bildungsbereichen und welche Maßnahmen halten Sie im Einzelnen für erforderlich:

- a) Kindergarten
- b) Vorschule
- c) Allgemeinbildende Schulen aller Schulstufen
- d) Berufsschule
- e) Volkshochschule
- f) Hochschulen und Universitäten

*Inklusion ist die Verhinderung von Ausgrenzung. Sie ist ein Menschenrecht und darf nicht infrage gestellt werden. Die individuelle Förderung muss den Lernenden von der Kita bis zur Universität folgen, nicht umgekehrt. Das aufwändige Antragsystem muss entbürokratisiert und rechtlich zusammengeführt werden. Es dürfen keine unterschiedlichen Standards und Rechtsansprüche gelten. Was für einen Lernort gewährt wurde, muss auch für die anderen in gleicher Weise zur Verfügung stehen. Inklusive Bildung erfordert dabei nicht nur gut vorbereitete Lehrkräfte und andere pädagogische und therapeutische Fachkräfte, sondern teilweise auch andere Lehr- und Lernmittel, eine andere technische und räumliche Ausstattung der Schulen und des Schulumfeldes und natürlich auch Schulgebäude mit Arbeits- und Lernbedingungen, mit denen man die neuen Herausforderungen gut meistern kann. Inklusion im Bildungsbereich erfordert eine grundlegend neue Lehr- und Lernkultur, die alle Lernenden in ihrer Individualität respektiert und wertschätzt, die die Fähigkeiten jeder und jedes Einzelnen erkennt und fördert und zum bestmöglichen Lernerfolg führt. Dazu bedarf es zusätzlicher Ressourcen, wie ausreichenden und barrierefreien Raums, der Ausstattung mit Lehr-, Lern- und Hilfsmitteln, mehr gut ausgebildeten Personals und pädagogischer wie therapeutischer Unterstützungssysteme. Inklusion muss in allen derzeit bestehenden Regelschulformen – bis hin zum Gymnasium – und in jeder einzelnen Schule, an außerschulischen Lernorten und an Universitäten und Hochschulen umgesetzt werden.*

*DIE LINKE fordert, dass auch in Bremen die Inklusion umgesetzt wird und wird jeden Schritt, der in diese Richtung führt, unterstützen und parlamentarisch und politisch vorantreiben.*

3. Wie werden Sie eine bedarfsgerechte Versorgung behinderter Schülerinnen und Schüler mit Assistenzkräften sicherstellen?

*DIE LINKE fordert, dass die Träger\*innen von Schulassistenten genügend Personal vorhalten müssen, um die Begleitung der Schüler\*innen in jedem Fall gewährleisten zu können, denn es kann nicht sein, dass Kinder und Jugendliche nicht zur Schule gehen können, wenn ihre Assistent\*innen ausfallen.*

4. Der Landesteilhabebeirat hat beschlossen, dass Gebärdensprache auch an ausgewählten Regelschulen in Bremen und Bremerhaven unterrichtet werden soll. Werden Sie diesen Beschluss umsetzen?

*Die Gebärdensprache ist eine anerkannte Sprache, die gehörlosen und schwerhörigen Menschen die Kommunikation und die Teilhabe ermöglicht. Diese Aufgabe kann die Gebärdensprache aber nur dann vollständig erfüllen, wenn auch möglichst viele Hörende die Gebärdensprache beherrschen. DIE LINKE wird sich daher für die Umsetzung des Beschlusses des Landesteilhabebeirats stark machen.*

5. Welchen Nachholbedarf sieht Ihre Partei bei der Unterstützung mit Assistenz von Studierenden mit einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung oder einer gesundheitlichen Beeinträchtigung?

*Inklusion darf nicht an den Toren von Universitäten und Hochschulen enden. Deshalb ist es notwendig, dass Menschen mit Behinderungen auch an diesen Lernorten die notwendigen Assistenzleistungen und Nachteilsausgleiche unbürokratisch zur Verfügung stehen. Außerdem müssen Universitäten und Hochschulen die Möglichkeit haben, besonders bei unsichtbaren Beeinträchtigungen auch mit bisher unbekanntem Modifikationen der Studien- und Prüfungsbedingungen zu reagieren. Hierzu müssen etwa von den formellen Regeln abweichende Einzelfallentscheidungen getroffen oder bei Finanzierungsfragen ein behinderungsbedingter Mehrbedarf anerkannt werden können. Nicht zuletzt sind natürlich sämtliche Lehrgebäude und Informationszentren barrierefrei zu gestalten und Informationsangebote multimedial und barrierefrei anzubieten.*

*DIE LINKE verfolgt das Ziel einer Hochschule für Alle und ringt um die flächendeckende Umsetzung dieser Forderungen. Sie begleitet den entsprechenden Prozess an Bremer Hochschulen und unterstützt ihn mit parlamentarischen und politischen Initiativen.*

### **C. Arbeit / Zukunft der Werkstätten / Bedingungen in den Werkstätten**

6. Wie sieht Ihre Vision eines inklusiven Arbeitsmarktes aus, den die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN BRK) fordert?

*DIE LINKE streitet für eine Arbeitswelt, in der alle Menschen einer Arbeit nachgehen, die ihren Interessen und Fähigkeiten entspricht und damit genug Geld verdienen, um ein gutes Leben zu führen. Zugleich darf diese Arbeit keinen Menschen krank machen. Das heißt, dass sich die Arbeitswelt grundsätzlich verändern muss. Es bedarf einer deutlichen Arbeitszeitverkürzung und einer Verringerung der Intensität von Arbeitsprozessen, damit alle Menschen gut arbeiten können und niemand mehr den Schutz von ausgrenzenden Sondereinrichtungen braucht.*

7. 2.957 behinderte Menschen waren Ende 2017 in den Werkstätten für behinderte Menschen in Bremen beschäftigt. 8 Personen haben im selben Jahr den Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt geschafft. Das ist eine Quote von 0,28 %. Was wird Ihre Partei konkret unternehmen, um diese geringe Quote in absehbarer Zeit zu verbessern?

*Angesichts der erschreckend geringen Übergangsquote aus den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen auf den ersten Arbeitsmarkt, sind Appelle an den guten Willen der Arbeitgeber nicht mehr ausreichend. Vielmehr braucht es an dieser Stelle durchsetzbare Ausstiegsstrategien und Zeitpläne sowie Anreize für die Beschäftigung bei öffentlichen und privaten Arbeitgebern auf dem ersten Arbeitsmarkt. Darüber hinaus müssen Menschen mit Behinderungen bei Programmen zur Beschäftigungsförderung gezielt angesprochen werden. Sie sind als zu fördernde Gruppe (Förderkriterium) bei Programmen ausdrücklich zu benennen, denn ansonsten drohen sie an den Rand gedrängt zu werden. DIE LINKE fordert und unterstützt diese und ähnliche Maßnahmen ausdrücklich. Auf der Ebene der Bundespolitik kämpft DIE LINKE außerdem um eine deutliche Anhebung der Ausgleichsabgabe, um auch auf diesem Wege der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen Nachdruck zu verleihen.*

8. Unterstützen Sie die Forderung der Werkstattbeschäftigten in Bremen und Bremerhaven nach einem bedingungslosen Werkstatteinkommen nach schwedischem Vorbild, wo alle arbeitenden behinderten Menschen 2.100 Euro im Monat erhalten? Was werden Sie tun, damit in Deutschland und im Land Bremen das bedingungslose Werkstatteinkommen eingeführt wird?

*Die Beschäftigten der Werkstätten leisten wertvolle Arbeit. Ihr Einkommen ist daher nicht bedingungslos. Die Werkstattbeschäftigten sollen von ihrem Einkommen gut leben können. DIE LINKE unterstützt jede Initiative in diese Richtung und wird auch in der Bürgerschaft darauf drängen, dass Bremen – vor Ort und im Bundesrat – die Bedingungen für ein auskömmliches Werkstatteinkommen schafft.*

9. Die Werkstattbeschäftigten brauchen eine handlungsfähige Selbstvertretung. Darum fragen wir Sie:

a) Wie will Ihre Partei die Arbeit der Selbstvertretung der Werkstattbeschäftigten und ihrer Vertrauensleute/Assistenzen in den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) in Bremen und Bremerhaven (Werkstatträte, Frauenbeauftragte, Landesarbeitsgemeinschaft) finanziell nachhaltig absichern, damit diese ihre gesetzlich verankerten Aufgaben wahrnehmen können?

*DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Werkstatträte, die Frauenbeauftragten und die Landesarbeitsgemeinschaft in angemessener Weise finanziell ausgestattet werden, um ihre gesetzlich verankerten Aufgaben wahrnehmen zu können*

b) Werden Sie sich für die Einrichtung eines eigenen Finanzbudgets für die Werkstatträte einsetzen, wie die bundesweit üblich ist?

*Die selbständige und selbstbewusste Interessenvertretung ist wichtig und nicht zum Nulltarif zu haben. Sie darf dabei auch nicht vom Wohlwollen von Geldgebern abhängig sein. Deshalb wird sich DIE LINKE für ein eigenes Finanzbudget für die Werkstatträte einsetzen.*

c) Werden Sie sich insbesondere dafür einsetzen, dass die Werkstatträte in Bremerhaven eine Vertrauensperson finanzieren und beschäftigen können?

*Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Existenz von Vertrauenspersonen die Arbeit der Werkstatträte sehr unterstützt. Aus diesem Grunde setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass auch die Werkstatträte in Bremerhaven eine Vertrauensperson finanzieren und dauerhaft beschäftigen können.*

10. Wann sollten Ihrer Meinung nach die Werkstätten für behinderte Menschen aufgelöst sein?

*DIE LINKE kämpft für eine inklusive Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Sondereinrichtungen. Deshalb wollen wir, dass auch die Werkstätten so schnell wie möglich aufgelöst werden. Zugleich wollen wir aber auch, dass die Auflösung der Werkstätten nicht dazu führt, dass Menschen ihre Beschäftigung, ihre Einbindung und ihre Teilhabemöglichkeiten verlieren. Deshalb ist die Auflösung der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen ein Prozess, in dem auch ein inklusiver Arbeitsmarkt entstehen und wachsen muss. Dieser Prozess braucht Zeit und darf zugleich nicht auf die lange Bank geschoben werden.*

- a) Nie
- b) in 5 Jahren
- c) in 10 Jahren
- d) in 20 Jahren

11. Budget für Arbeit

a) Was würde Ihre Partei bei einer Regierungsbeteiligung unternehmen, damit vom Budget für Arbeit stärker Gebrauch gemacht wird?

*Das Budget für Arbeit kann ein wichtiges Instrument sein, um mehr Menschen den Übergang aus den Werkstätten in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis zu ermöglichen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass es noch größerer Anstrengungen und einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit bedarf, um Menschen mit Behinderung in die Lage zu versetzen, ihre Rechte zu kennen und einzufordern. Das bedarf vor allem auch einer unbürokratischen, engeren Zusammenarbeit von Betroffenen, der Wirtschaft und dem Sozialhilfeträger. In diesem Zusammenhang muss auch auf die Ergänzende trägerunabhängige Teilhabeberatung (EUTB) verwiesen werden, die eine wichtige Aufgabe bei der Beratung der Betroffenen übernehmen kann. DIE LINKE wird die Information über die Möglichkeiten des Budgets für Arbeit unterstützen und sich politisch dafür einsetzen, dass Beratungsangebote wie die EUTB langfristig erhalten und ausgebaut werden.*

b) Unterstützen Sie die Forderung des Landesteilhabebeirats, eine Abweichung im Bremischen Ausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz nach oben und zwar auf 60 Prozent der monatlichen Bezugsgröße vorzunehmen? (§ 61 Absatz 2 SGB IX)

*Damit das Budget für Arbeit möglichst vielen Menschen den Übergang von der Werkstatt auf den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen kann, muss es auch für die Arbeitgeber attraktiv sein. Eine Anhebung des Lohnkostenzuschusses auf 40 Prozent der monatlichen Bezugsgröße ist deshalb ein sinnvoller Schritt und DIE LINKE unterstützt von daher diese Forderung des Landesteilhabebeirats.*

12. Wie sieht Ihrer Meinung nach die optimale Unterstützung einer selbstbestimmten Bildungs- und Berufswahlentscheidung für behinderte Menschen mit dem Ziel erster Arbeitsmarkt aus?

*Die Unterstützung einer selbstbestimmten Bildungs- und Berufswahlentscheidung für behinderte Menschen mit dem Blick auf den ersten Arbeitsmarkt ist dann optimal, wenn sie dieses Ziel erreicht. Das heißt, wenn der behinderte Mensch am Ende tatsächlich eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden hat, von der er leben kann und die ihn befriedigt. Hierzu braucht es sicherlich ein gutes Netzwerk von Beratungsstellen und ausreichend Fördermittel. Vor allem braucht es aber die Arbeitsplätze, die zugänglich und behindertengerecht sind. Diese Arbeitsplätze zu schaffen, erfordert auch politischen Druck. Bei der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen müssen selbstverständlich deren Interessen und Bedürfnisse immer im Mittelpunkt stehen.*

#### **D. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum / Wohnungsbau**

13. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr eine Fachstelle für barrierefreies Bauen und/ oder Verkehr geschaffen wird?

*Eine Fachstelle barrierefreies Bauen und/oder Verkehr kann ein wirksames Instrument zur Umsetzung der Barrierefreiheit in den genannten Bereichen sein. Dazu ist allerdings zu klären, welche Kompetenzen eine solche Fachstelle haben wird. DIE LINKE wird alle Schritte zu einer inklusiven und barrierefreien Gesellschaft unterstützen.*

14. Das Bundesland Bayern hat 221 Millionen Euro für den Abbau von Barrieren zur Verfügung gestellt. Das entspricht bei 12,44 Millionen Einwohner\*innen 17,77 Euro pro Einwohner\*in. Wie ist Ihre Haltung zu der Idee, je Einwohner 15 € zum Abbau von Barrieren in Bremen zur Verfügung zu stellen?

*Inklusion und Barrierefreiheit sind nicht zum Nulltarif zu haben. Die notwendigen Schritte müssen deshalb auch hinreichend finanziell ausgestattet werden. Insofern kann über ein Finanzierungsmodell, das dem bayrischen ähnlich ist, nachgedacht werden.*

15. Sind Sie der Meinung, dass bauliche Veränderungen zum Zwecke der Barrierefreiheit in gleichem Maße in den Stadtteilen wie im Stadtzentrum umgesetzt werden sollten? (Tourismus vs. Wohngebiete)

*Bauliche Veränderungen zum Zwecke der Barrierefreiheit dienen der Förderung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen. Barrierefreiheit und Teilhabemöglichkeiten müssen dabei sowohl im nahen Wohnumfeld als auch an den Orten ermöglicht werden, an denen sich Menschen treffen, Kultur erleben oder politisch in die Diskussionen in ihrer Heimatstadt eingreifen. Deshalb darf bei der Schaffung von Barrierefreiheit kein Unterschied zwischen den Stadtteilen und dem Stadtzentrum gemacht werden.*

16. Unterstützen Sie den tatsächlichen niveaugleichen Einstieg im Öffentlichen Personennahverkehr?

*Der Einstieg in den öffentlichen Personennahverkehr muss tatsächlich niveaugleich sein, um allen Menschen den Zutritt zu ermöglichen. DIE LINKE unterstützt aus diesem Grund alle Bemühungen für einen tatsächlichen niveaugleichen Einstieg in den öffentlichen Personennahverkehr.*

17. Was wollen Sie gegen den Mangel an Sozialwohnungen, speziell für Menschen mit Beeinträchtigung, unternehmen?

*Die UN-Behindertenrechtskonvention hält fest, dass Menschen mit Behinderungen wie alle Menschen die Möglichkeit haben müssen, „ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben.“ Leider scheitert die Umsetzung dieses Rechts oft daran, dass es keine barrierefreien und bezahlbaren Wohnungen gibt. Deshalb fordert DIE LINKE, dass bundesweit jährlich mindestens 250.000 neue barrierefreie Sozialwohnungen entstehen müssen. Denn für alle Menschen gilt: Bezahlbare Miete statt fatter Rendite!*

18. Besonders wichtig erscheint die Frage, warum das Bremer Rathaus nicht barrierefrei zugänglich ist, wie ihre Partei dazu steht und warum keine Abhilfe geschafft wird.

*Das Rathaus muss ein offenes Haus für alle Menschen sein. Deshalb ist ein barrierefreier Umbau hier dringend geboten. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass es sich hier um ein historisches Gebäude handelt und man daher die Anforderungen des Denkmalschutzes bedenken muss, würden sich Wege finden lassen. Die bestehenden Widerstände werden finanzieller Natur sein. Da es hier aber um Teilhabe geht, können solche Argumente nicht zählen, denn Teilhabe und Inklusion dürfen nicht unter Kostenvorbehalt gestellt werden.*

19. Was werden Sie unternehmen, um im Land Bremen alle Ampeln mit akustischen und taktilen Signalen für blinde und sehbehinderte Menschen auszustatten, und wie gewährleisten Sie die Wartung?

*Die Ausstattung aller Ampeln im Land Bremen mit akustischen und taktilen stellt einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit für blinde und sehbehinderte Menschen dar und muss daher vom Land Bremen gewährleistet werden. Gleiches gilt dann selbstverständlich für die Wartung der Einrichtungen. DIE LINKE wird sich für die Umsetzung dieser Forderung stark machen.*

20. Unterstützt Ihre Partei eine Fortführung sowie Weiterentwicklung des Stadtführers barrierefreies Bremen?

*Der Stadtführer barrierefreies Bremen hält wertvolle Informationen für Bremerinnen und Bremer mit Behinderungen vor, aber auch für Gäste der Stadt. Damit er auch weiterhin diese Informationen in der notwendigen Aktualität bieten kann, muss er fortgeführt und weiterentwickelt werden. DIE LINKE wird dieses Projekt auch weiterhin unterstützen*

## **E. Gesundheit**

21. Bereits 2016 haben wir über das 21. Behindertenparlament die Anfrage zur Einrichtung eines Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit Beeinträchtigungen (MZEB) gestellt. Bis zum Jahr 2017 sollte dieses MZEB eingerichtet sein. Gesundheit Nord bzw. das Klinikum Bremen Mitte hat sich entschlossen, als Träger eines MZEB`s für Bremen aufzutreten und für 2017 die Inbetriebnahme eines MZEB`s anzustreben. Wie soll es nach Ihrer Meinung nun mit dem MZEB weiter gehen? Was können / werden Sie dazu beitragen, dass das MZEB im Jahr 2019 seine Arbeit beginnen kann?

*Das MZEB ist ein wichtiges Instrument, um Erwachsenen mit Behinderungen eine ihnen entsprechende medizinische Versorgung zur Verfügung zu stellen und sie nicht – wie bisher – an das sozialpädiatrische Institut und damit an die Kinderheilkunde zu verweisen. Auch Menschen mit Behinderungen brauchen eine ihrem Alter entsprechende medizinische Versorgung. Von daher ist es Aufgabe der Geno das MZEB so schnell wie*

*möglich zu eröffnen. DIE LINKE wird diesen Prozess kritisch begleiten und in der Bürgerschaft darauf drängen, dass das MZEB so gut wie möglich ausgestattet wird.*

22. In Bremen und Bremerhaven stehen viel zu wenige barrierefreie Arzt- oder Behandlungspraxen zur Verfügung. Die Kassenärztlichen Vereinigungen zeigen sich wenig bis nicht kooperativ. Wie kann hier Abhilfe geschaffen werden?

*Bremen und Bremerhaven brauchen dringend mehr barrierefreie Arzt- und Behandlungspraxen. Abhilfe kann hier sicherlich nur auf zwei Wegen geschaffen werden. Zum einen dürfen neue Praxen zukünftig nur noch in barrierefreien Räumlichkeiten eröffnet werden. Zum anderen sind Förderprogramme aufzulegen, die es Ärzt\*innen und Therapeut\*innen erleichtern, ihre Praxen barrierefrei umzubauen. DIE LINKE wird sich für beide Wege in der Bürgerschaft stark machen.*

23. Werden Sie sich für die Fortführung der barrierefreien gynäkologischen Praxis, nach Fertigstellung und Inbetriebnahme des Neubaus, am Klinikum Bremen Mitte einsetzen?

*Angesichts der mangelnden barrierefreien Arztpraxen wäre die dauerhafte Schließung der barrierefreien gynäkologischen Praxis ein völlig falsches Signal. DIE LINKE wird sich daher für die Fortführung dieser Praxis einsetzen.*

24. Seit mindestens vier Legislaturperioden wird in der Bremischen Bürgerschaft darüber geredet, dass den an Asbestose Erkrankten im Kampf um eine Entschädigung entscheidend durch eine Beweislastumkehr geholfen werden könnte. Es muss endlich was geschehen. Daher fragen wir Sie, ob Sie bereit sind, sich für die Beweislastumkehr einzusetzen und wenn ja, wie? Wenn nein, was spricht aus Ihrer Sicht dagegen?

*Asbestose ist in den meisten Fällen eine Berufserkrankung, die allerdings erst viele Jahre nach dem Umgang mit Asbest ausbricht. Deshalb ist die Beweisführung für betroffene Arbeitnehmer\*innen sehr schwer. Um erkrankten Menschen schnell und unbürokratisch zu ihren Rechten zu verhelfen, ist eine Beweislastumkehr notwendig, um die Situation der Asbesterkranken deutlich zu verbessern. DIE LINKE wird sich in der Bürgerschaft dafür stark machen, dass Bremen sich auf Bundesebene massiv dafür einsetzen wird, dass endlich die Beweislastumkehr die Regel wird. Außerdem müssen sowohl am Sozialgericht als auch am Landessozialgericht mehr Richter\*innen eingestellt werden, damit eingehende und bestehende Klagen in angemessener Zeit zum Abschluss zu bringen.*

## **F. Menschen mit geistiger Behinderung**

25. Nach unseren Informationen gibt es im Land Bremen diverse Elternpaare mit geistigen Behinderungen und gesetzlichen Betreuern. In den seltensten Fällen wird den Eltern ermöglicht, ihre Kinder persönlich und in der Familie zu erziehen. Ist es nicht besser, Kinder in der Familie aufwachsen zu lassen und ggf. eine Betreuung zur Seite zu stellen als den Eltern die Kinder zu entziehen? Wie steht ihre Partei dazu und warum verwehren das die Jugendämter?

*Auch Menschen mit geistiger Behinderung haben ein Recht auf Familie und Elternschaft. Sie haben ein Recht auf die eventuell notwendige Unterstützung. Möglich sind sowohl Elternassistenz oder die begleitete Elternschaft. Darüber hinaus können Eltern auch durch die Finanzierung notwendiger Haushaltshilfen oder durch die sozialpädagogische Familienhilfe unterstützt werden. Leider sind zumindest die Elternassistenz und die begleitete Elternschaft noch sehr unbekannt. Deshalb geben auch die Jugendämter oft nicht die richtigen Hinweise. DIE LINKE tritt für die selbstbestimmte Elternschaft ein und macht sich dafür stark, dass die genannten Instrumente zur Unterstützung von Eltern mit Behinderungen bekannter gemacht werden.*

## 26. Menschen mit geistiger Behinderung und psychischer Erkrankung (Doppeldiagnose)

a. Bestehen aus Sicht Ihrer Partei in Bremen Probleme bei der Versorgung von akuten psychischen Erkrankungen bei geistig behinderten Patienten?

*Sicherlich stellt die Behandlung von akuten psychischen Erkrankungen bei Menschen mit geistigen Behinderungen eine Herausforderung für das Personal in Psychiatrien dar, weil die Kommunikation zwischen den Erkrankten und den Behandelnden in diesem Fall noch einmal erschwert ist. In jedem Fall ist jedoch sicherzustellen, dass alle Patient\*innen eine ihren Diagnosen und Bedürfnissen entsprechende Behandlung erhalten.*

b. In Osnabrück gibt es eine Krankenhausstation, welche sich auf die Behandlung von Menschen mit einer geistigen Behinderung und psychischer Erkrankung spezialisiert hat. Sollte Bremen aus Sicht Ihrer Partei das „Osnabrücker-Modell“ übernehmen?

*Auch Menschen mit geistigen Behinderungen können psychisch erkranken. Dabei stellen sich aber Erscheinungsbild und Ausprägung der Erkrankung oftmals anders dar. Sowohl vorbestehende Verhaltensformen, als auch verminderte Fähigkeiten in der Wahrnehmung, Kommunikation und Kooperation können die Krankheitsbilder überlagern. Sonst typische Erkrankungszeichen fehlen mitunter, treten vermindert oder verändert auf und eigene Angaben können oft nicht gemacht werden. Deshalb ist es wünschenswert, dass dieses Wissen in jedem Krankenhaus vorhanden ist, um die Patient\*innen mit geistigen Behinderungen ganzheitlich betreuen und behandeln zu können. Zugleich bleibt fraglich, ob es dafür – wie in Osnabrück – eine spezielle Station braucht, auf der nur Menschen mit geistiger Behinderung behandelt werden. Im Sinne eines inklusiven Gesundheitswesens sollten Krankenhäuser ihr Wissen über Behinderungen für alle Abteilungen vorhalten. Entwicklungen in diese Richtung wird DIE LINKE auf alle Fälle unterstützen.*

## **G. Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen**

27. Wie wollen Sie das Modellkonzept "Neue Psychiatrie im Bremer Westen" unterstützen? (<https://www.gapsy.de/aktuelles/2018/03/modellprojekt-bremer-westen.php>)

*Das Modellkonzept „Neue Psychiatrie im Bremer Westen“ setzt darauf, die psychiatrische Unterstützung und Behandlung wohnortnah und ambulant zu gestalten. Krankenhausaufenthalte können dadurch vermieden werden und die Menschen in der Krise bei den Ihnen vertrauten Bezugspersonen bleiben. DIE LINKE fordert bereits seit vielen Jahren, dass Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können müssen. Das Prinzip ambulant vor stationär muss in unseren Augen immer gelten. Von daher unterstützt DIE LINKE das Modellkonzept „Neue Psychiatrie im Bremer Westen“ und wird den Kontakt zu den sozialpsychiatrischen Trägern des Bremer Westens suchen, um konkrete Formen der Unterstützung zu vereinbaren.*

28. Was wollen Sie unternehmen, um die Ursachen der steigenden Fallzahlen von psychischen Krankheiten zu bekämpfen?

*Viele psychische Erkrankungen sind auf wachsenden Druck im Arbeitsleben und auf belastende Lebensumstände zurückzuführen. Angesichts von Armut, Arbeitslosigkeit und für viele Menschen immer wachsender Druck im Beruf verwundert es nicht, dass auch die Fallzahlen der psychischen Krankheiten ebenfalls steigen. Um diesen Trend umzukehren, ist es daher notwendig, soziale Sicherheit, Arbeitszeitverkürzungen, guten Lohn und gute Renten durchzusetzen. Für all das kämpft DIE LINKE.*

29. Wie sollen die Erkennung der Ursachen und die Feststellung von Beeinträchtigungen (Anamnese und Diagnostik) in der Psychiatrie verbessert werden. Und werden Sie sich dafür einsetzen, dass dies in Zukunft vornehmlich nicht mehr stationäre sondern im Lebensumfeld der Betroffenen stattfindet?

*Zur Erkennung der Ursachen psychischer Krankheiten und zur Feststellung von Beeinträchtigungen braucht es ein breites medizinisches und soziales Wissen, um die betroffenen Menschen ganzheitlich sehen und einschätzen zu können. Deshalb muss das entsprechende Personal sehr gut ausgebildet sein. Wissen und Erfahrung müssen in jeder psychiatrischen Einrichtung in ausreichendem Umfang vorhanden sein. Da große und anonyme Einrichtungen psychiatrische Symptome mitunter verschlimmern, ist darauf zu achten, dass Anamnese, Diagnostik und Behandlung nach Möglichkeit im Lebensumfeld der Betroffenen stattfindet. Dafür setzt sich DIE LINKE ein.*

30. Unterstützt Ihre Partei die Forderung der Gewährleistung eines 24stündigen ambulanten Krisendienstes?

*Weil psychische Krisen nicht nur tagsüber auftreten, ist es notwendig, dass rund um die Uhr Unterstützungsangebote vorhanden sind, die mehr leisten als telefonische Beratung.*

*Aus diesem Grunde fordert DIE LINKE die Gewährleistung eines 24stündigen ambulanten Krisendienstes.*

31. Was wollen Sie gegen Zwang und Gewalt in der Psychiatrie unternehmen?

*Psychiatrien halten von Rechts wegen Menschen auch unter Zwang fest und schränken damit Grundrechte ein. Sie sind in besonderer Verantwortung, alles zu tun, um Zwang zu vermeiden. Eine angemessene Personalausstattung ist dafür zentral. Dass Zwang ausgeübt wird, weil es an Personal fehlt, darf nicht toleriert werden. Gewaltvermeidung braucht die Schaffung gewaltarmer Behandlungsmilieus und rechtzeitiger therapeutischer Deeskalation. Eine Grundvoraussetzung zur Gewaltvermeidung ist daher eine bedarfsgerechte Personalausstattung. DIE LINKE fordert auch deshalb bundesweit 100 000 Krankenpfleger\*innen! Ebenso braucht es aber auch endlich wieder mehr Ärzt\*innen in den Krankenhäusern. Krankenhäuser müssen nicht Profit machen, sie müssen die Bevölkerung versorgen.*

32. Was werden Sie unternehmen, um die desolate Nährstoffversorgung von Menschen in Schulen, Heimen, Krankenhäusern und besonders in psychiatrischen Kliniken zu verbessern?

*Ernährung ist wichtig für die geistige und körperliche Entwicklung und für die Genesung. Deshalb darf in Institutionen an diesem Punkt nicht gespart werden. Bisher wird in Krankenhäusern – trotz steigender Gewinne – am Essen gespart. Hier setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass die Ernährung der Patient\*innen nicht mehr der Profitmaximierung, sondern den Empfehlungen von Ernährungswissenschaftler\*innen folgt. In Schulen und Heimen sollte das Essen vor Ort und mit den Kindern und Jugendlichen gemeinsam zubereitet werden.*

#### **H. Teilhabe behinderter Menschen in der Politik**

33. Was tun Sie konkret, damit Menschen mit Behinderung in Ihrer Partei mitwirken können und integriert werden, und wie werden Menschen mit Behinderungen in Ihre Entscheidungen einbezogen?

*DIE LINKE kämpft für eine inklusive Gesellschaft und will deshalb selber eine inklusive Partei sein. Deshalb bemüht sie sich, immer mehr Barrieren im Leben der Partei abzubauen. So vergibt DIE LINKE regelmäßig einen Preis für die barrierefreie Gestaltung ihrer Büros. Das Ziel ist, dass Menschen mit Behinderungen sich als Mitglieder, Sympathisierende, Wähler\*innen oder Besucher\*innen am Parteileben beziehungsweise an den Diskussionen und Veranstaltungen der Partei beteiligen können. Eine wichtige Kraft auf diesem Weg sind die Mitglieder der Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften Selbstbestimmte Behindertenpolitik in der Partei DIE LINKE, die als Betroffene immer wieder den Abbau von Barrieren und die volle Teilhabe innerhalb und außerhalb der Partei einfordern.*

34. Wie fördern Sie aktiv die Mitarbeit von behinderten Menschen in den Parlamenten?

*„Nichts über uns ohne uns.“ Diese alte Forderung der Behindertenbewegung ist für DIE LINKE sehr wichtig. Die Betroffenen sollen ihre Interessen und Bedürfnisse selbständig und selbstbewusst vertreten. Deshalb unterstützt DIE LINKE die Kandidatur von Menschen mit Behinderungen um Mandate auf allen Ebenen. Dabei unterstützt DIE LINKE die Kandidat\*innen sowohl im Wahlkampf, als auch bei den Belastungen, die durch die Ausübung des Mandates entstehen.*

35. Steht Ihre Partei für eine Veranstaltung zur Bürgerschaftswahl in Leichter bzw. verständlicher Sprache zur Verfügung?

*DIE LINKE steht selbstverständlich für eine Veranstaltung zur Bürgerschaftswahl in Leichter bzw. verständlicher Sprache zur Verfügung.*

36. Im Land Bremen gibt es alle Wahlunterlagen für die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft, zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung und zu den Stadtteilbeiräten in Leichter Sprache, bei Wahlen auf Bundesebene aber nicht. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass auch die Unterlagen für Bundestagswahlen und Europawahlen zukünftig in Leichter Sprache formuliert werden?

*DIE LINKE kämpft für die Abschaffung der Wahlrechtsausschlüsse, weil das Wahlrecht ein wichtiges demokratisches Recht ist, das niemandem vorenthalten werden darf. Um Rechte wahrnehmen zu können, müssen aber auch die notwendigen Informationen zugänglich sein. Deshalb wird sich DIE LINKE sich weiterhin für die Veröffentlichung aller Wahlunterlagen in Leichter Sprache einsetzen.*

37. Wird Ihre Partei das eigene Wahlprogramm oder zumindest die wichtigsten Aussagen des Wahlprogramms auch in Leichter Sprache veröffentlichen?

*DIE LINKE Bremen veröffentlicht eine Kurzfassung ihres Wahlprogramms in Leichter Sprache.*